

Liechtensteins Kampf um die Anerkennung der Souveränität

Vortrag zu der Position Liechtensteins im Zweiten Weltkrieg

Rupert Quaderer referierte am Samstag in Planken zu den Bemühungen Liechtensteins um die Anerkennung seiner Souveränität nach dem Ersten Weltkrieg. Das Fürstentum erfuhr damals die Nachteile eines Kleinstaates.

tg.- Der Erste Weltkrieg hatte auch auf das Fürstentum Liechtenstein einschneidende Auswirkungen, sowohl auf der innen- und aussenpolitischen Ebene als auch auf der wirtschaftlichen.

Durch seine engen Beziehungen zu Österreich war es für das Fürstentum schwierig, von den Staaten Europas als souveräner und neutraler Staat anerkannt zu werden.

Souveränität indirekt bestätigt

Um die Anerkennung Liechtensteins, Souveränität und Neutralität zu erreichen, übte das Fürstentum eine aktivere Aussenpolitik aus.

Ziel war unter anderem die Teilnahme an der Friedenskonferenz in Paris/Versailles, der Aufbau diplomatischer Vertretungen in Bern, Wien, Paris, Prag und im Vatikan sowie die Normalisierung der Beziehungen zur Tschechoslowakei. Rupert Quaderer schilderte detailliert das diplomatische Geplänkel, das diesen Zielvorgaben folgte, während das Land gleichzeitig wie die umliegenden Länder mit

innenpolitischen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte.

An der Pariser Friedenskonferenz wurde die Souveränität Liechtensteins in den Augen des Landes immerhin indirekt bestätigt, nämlich mit der folgenden Formulierung im Staatsvertrag von Saint-Germain-en-Laye: «Die Grenzen Österreichs werden wie folgt festgesetzt: 1. Gegen die Schweiz und gegen Liechtenstein: Die gegenwärtige Grenze.»

Verhandlungen mit Prag

Die Bemühungen um diplomatische Vertretungen in Wien und Bern waren erfolgreich. In Paris wurde eine Vertretung der Interessen Liechtensteins durch die Schweiz erreicht. Schwieriger gestalteten sich die Bemühungen um eine Vertretung in Prag. Haus und Staat Liechtenstein bemühten sich um eine eigene Aussenstelle in Prag oder wenigstens eine Vertretung der Interessen Liechtensteins in Prag durch die Schweiz. Immer wieder wurde aber die Errichtung einer Aussenstelle oder Interessenvertretung an Bedingungen bezüglich der Bodenreform in der Tschechoslowakei geknüpft, durch die der Besitz des Hauses Liechtenstein gefährdet war.

Die mehr als fünf Jahre andauernden Bemühungen um die Errichtung einer Aussenstelle Liechtensteins in Prag blieben ohne Erfolg. Erst 1938 stimmte die Tschechoslowakei einem erneuten Antrag Liechtensteins um eine Vertretung in Prag zu. Eine Zusage,



Referent: Rupert Quaderer zog die Zuhörer in seinen Bann.

Foto: Daniel Ospelt

die durch die folgenden Ereignisse während des Zweiten Weltkriegs wenig Bedeutung hatte.

Während sich die Tschechoslowakei eine unnachgiebige Haltung aufgrund ihrer guten Beziehungen zu den Alliierten leisten konnte, war das Fürstentum Liechtenstein auf die Unter-

stützung anderer Staaten angewiesen. Ein Nachteil des Kleinstaates, den das Fürstentum damals zu spüren bekam. Andere Staaten konnten oder wollten ihre eigenen Interessen nicht gefährden, indem sie gegenüber der Tschechoslowakei das heikle Thema Liechtenstein ansprachen.